



Postulat Muff Sara und Mit. über Einbürgerung, Aufenthaltsstatus und Familiennachzug dürfen durch die Corona-Krise nicht gefährdet werden

eröffnet am 22. Juni 2020

Die Regierung wird gebeten, durch geeignete Interventionen dafür zu sorgen, dass Corona-begründete Verschuldung oder Sozialhilfeabhängigkeit kein Hindernis darstellen bezüglich Einbürgerungen, Aufenthaltsstatus und Familiennachzug. Dazu gehört insbesondere das Aussetzen des Kriteriums der «wirtschaftlichen Integration».

Begründung:

Das Kriterium der «wirtschaftlichen Integration» spielt bei Entscheiden zum Aufenthaltsstatus oder bei Einbürgerungen eine massgebliche Rolle. Dies ist ein weiterer Grund, weshalb die Corona-Pandemie für ausländische Menschen bei uns eine existenzielle Bedrohung darstellt. Im Kanton Luzern sind es knapp ein Fünftel unserer Mitmenschen, welche kein Schweizer Bürgerrecht haben, aber den Kanton täglich mittragen und mitgestalten. Wer bedingt durch Corona in wirtschaftliche Schwierigkeiten gerät, darf nicht noch zusätzlich bestraft werden, indem der Aufenthaltstitel erschwert, Familiennachzug verhindert oder sogar Einbürgerungen verweigert werden. Corona-bedingte Sozialhilfeabhängigkeit darf nicht als Integrationsdefizit gewertet werden, und dementsprechend rechtfertigt es auch keine rechtsbeschränkenden Massnahmen.

Muff Sara

Fässler Peter

Budmiger Marcel

Meyer Jörg

Ledergerber Michael

Schneider Andy

Engler Pia

Candan Hasan

Wimmer-Lötscher Marianne

Setz Isenegger Melanie

Schuler Josef

Schwegler-Thürig Isabella